



Das Wort der Partei wurde Wirklichkeit

Hände der Selbstverwaltungsorgane; Vernichtung des reaktionären Militarismus; Entmachtung der Großgrundbesitzer und Durchführung der demokratischen Bodenreform; Ausbau der Selbstverwaltungsorgane auf der Grundlage demokratisch durchgeführter Wahlen; Überführung der öffentlichen Betriebe, der Bodenschätze und Bergwerke, der Banken, Sparkassen und Versicherungsunternehmen in die Hände der Gemeinden, Provinzen, Länder oder der gesamtdeutschen Regierung.



Betriebe und Naturschätze werden in das Eigentum des Volkes übergeführt und aus einer Quelle der Ausbeutung, des Profits und des Reichtums einiger weniger in eine Quelle des wachsenden Wohlstandes für alle verwandelt.

Als Endziel wird in den Grundsätzen und Zielen genannt: „... die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.“

Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse seit dem „Manifest der Kommunistischen Partei“, der Entstehung der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland und der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands im Jahre 1918. Sie war die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen, unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, eine historische Wende in Deutschland herbeiführen konnte.

1947

20. - 24. September:

II. Parteitag der SED

Tagesordnung:

Bericht des Partei Vorstandes;

Der Kampf um die nationale Einheit und um die Demokratisierung Deutschlands (O. Grotewohl);

Der demokratische Neuaufbau in Wirtschaft und Verwaltung (W. Ulbricht);

Wahl der Partei **Vorsitzenden** und des Parteivorstandes;

Schlußansprache (W. Pieck).

Der Parteitag wendet sich gegen die Spaltung Deutschlands und die beabsichtigte Einbeziehung der Westzonen in den Marshallplan, wodurch die Restauration des Imperialismus und Militarismus gefördert wird. Er stellt in den Mittelpunkt der Beratungen die Sicherung der demokratischen Einheit Deutschlands und das Ringen um einen gerechten Frieden, die Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse in ganz Deutschland und die Probleme des wirtschaftlichen Aufbaus.

Als Aufgabe der Wirtschaftspolitik der demokratischen Kräfte bezeichnet W. Ulbricht, durch die Enteignung der Konzerne und Großbanken die Grundlage für eine demokratische Wirtschaftsordnung in ganz Deutschland zu schaffen und gleichzeitig zur planmäßigen Entwicklung der Produktion und der Qualitätsarbeit überzugehen. Der Parteitag schlägt vor, dem Marshallplan einen deutschen Plan des Aufstieges aus eigener Kraft entgegenzustellen. Es wird die Lösung ausgegeben: Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben.

Angesichts der reaktionären Entwicklung in den Westzonen, die von den USA mit dem Ziel gefördert wird, den Westen Deutschlands zum Vorposten im geplanten imperialistischen Feldzug gegen die UdSSR und die volksdemokratischen Länder zu machen, orientiert der Parteitag darauf, Ostdeutschland zur festen Basis des Kampfes um den Frieden, um die demokratische Einheit der Nation zu entwickeln.

Die Arbeiterklasse geht dazu über, die Leitung der Hauptzweige der Wirtschaft, den Kampf